

Haushaltsrede des Oberbürgermeisters der Stadt Frankenthal (Pfalz),

Martin Hebich, anlässlich der Haushaltseinbringung 2024,

8. November 2023

– Es gilt das gesprochene Wort –

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

heute Abend bringen wir den Haushalt der Stadt Frankenthal ein – die Planungsgrundlage für das Jahr 2024 – und unsere Beratungsgrundlage.

Für mich werden es die letzten Beratungen und es wird nicht mehr mein Haushalt sein. Der neue Obermeister wird die Projekte umsetzen.

Folie 2

Im vergangenen Jahr haben bereits alle Prognosen darauf hingedeutet. Nun ist es auch so: Deutschland steckt tief in einer Rezession. Die deutsche Wirtschaft ist in den vergangenen fünf Quartalen nur einmal gewachsen und dreimal geschrumpft. Die Industrie leidet unter hohen Energiekosten und schwacher Auslandsnachfrage.

Die Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt könnten den Quereinstieg in den Öffentlichen Dienst und auch den Berufseinstieg in dieses krisenfeste Tätigkeitsfeld noch

attraktiver machen. Denn entgegen aller Rufe nach Bürokratieabbau, erhalten die Kommunen weiterhin zunehmend mehr Aufgaben und dafür benötigen meine Nachfolger vor allem auch die Hände und Köpfe, die es bewältigen können.

Dass wir ein krisensicherer Arbeitgeber sind, bedeutet leider nicht, dass Krisen unsere Arbeit nicht beeinflussen.

Nach wie vor fliehen Menschen aus der Ukraine vor dem russischen Angriffskrieg nach Deutschland. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, deren vorübergehenden Schutz bis zum 4. März 2025 zu verlängern. Die konkrete Umsetzung im deutschen Ausländerrecht ist noch nicht abschließend geklärt. Daneben sind die Zuweisungen von Geflüchteten aus weiteren Krisengebieten der Welt anhaltend hoch.

Die allgemein angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt führt auch in Frankenthal dazu, dass eine große Zahl der Menschen, die in den städtischen Einrichtungen untergebracht sind und deren Bleiberecht sie für den freien Wohnungsmarkt qualifiziert, faktisch keine Wohnungen finden und in den Unterkünften verbleiben. Und gerade auch für die eigenen Bevölkerung ist der Wohnraum weiterhin knapp und teuer.

Volatile Preisentwicklungen und massive Zinssteigerungen drohen die Wohnbaukrise in Deutschland weiter zu verschärfen.

In diesem Zusammenhang darf das Bedürfnis der Gesamtbevölkerung nach bezahlbarem Wohnraum nicht außer Acht gelassen werden. Wohnraum ist nicht zuletzt auch ein wichtiger Schlüssel zur Gewinnung von Fachkräften für den Arbeitsmarkt in unserem Stadtgebiet. Die Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist aber für viele Menschen zunehmend ein Problem.

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine Pflichtaufgabe. Wir möchten Menschen helfen, die vor Krieg und Unrecht fliehen, dennoch belastet uns die aktuelle Situation bis an die Grenzen der Handlungsfähigkeit. Wie es auch dieser Haushalt zeigt, ein Umstand der uns, auch in gesamtgesellschaftlicher Sicht, bitter einholen könnte.

Nicht nur beim Wohnraum, sondern auch hinsichtlich der räumlichen Verfügbarkeit in Kitas und Schulen, gibt es große Defizite und dringenden Handlungsbedarf. Neben den finanziellen Auswirkungen hat in diesem Zusammenhang die Bindung personeller Ressourcen innerhalb unserer Fachbereiche deutliche Auswirkungen zum Nachteil vieler weiterer Projekte mit Zukunftsrelevanz.

Die Herausforderungen der Flüchtlingsunterbringung zeigen sich in diesem Haushalt deutlich durch die Zahlen. Die Kosten, die mit der Schaffung temporärer Unterbringungskapazitäten verbunden sind, sind - nicht zuletzt aufgrund der hohen Nachfrage – immens.

Große Auswirkungen auf das schlechte Haushaltsergebnis hat die wirtschaftliche Lage der Stadtklinik. Nach wie vor steht diese vor wirtschaftlichen Herausforderungen. Im Jahr 2019 versorgte die Klinik noch 9.603 Patienten, im Jahr 2023 waren es nur 7.988: Ein ähnlicher Rückgang ist in allen deutschen Krankenhäusern zu verzeichnen. Einbrüche durch die Corona-Pandemie sind noch lange nicht wieder kompensiert. Die Krankenhauslandschaft in Deutschland steht vor der vielleicht größten Krise der vergangenen Jahrzehnte. Dies meldete die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) im Oktober und betonte, dass sie so viele Insolvenzen wie nie zuvor registriert.

Ein Ausblick auf die Zukunftsfähigkeit der Stadtklinik und damit Sicherstellung der Patientenversorgung in Frankenthal, ist die Fertigstellung des Klinikbaus. Durch die bauliche Erweiterung der Stadtklinik wird die psychiatrische Versorgung auf moderne Standards gestellt. Die 80 Betten große stationäre Psychiatrie im Anbau ist ein Zukunftssignal. Daneben wird durch die Errichtung einer Mutter-Kind-Einheit mit 6 Betten ein besonders notwendiges Versorgungsangebot geschaffen. In Verbindung mit den somatischen Abteilungen des Hauses ist das einmalig in Rheinland-Pfalz.

Das Bauprojekt beweist das Vertrauen in den Standort Frankenthal auch in finanziell risikobehafteten Zeiten. Auch die Stadt und Ihre Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat haben ihren Teil dazu beigetragen, indem Sie mit voller Überzeugung die finanziellen Anteile am Bau über den Haushalt der Stadt mittragen und somit ihr „Ja“ zur Stadtklinik ausgesprochen haben.

Den Krisen zum Trotz wird auch an anderen Stellen viel Arbeit für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung geleistet.

Mit der Fertigstellung des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes für die Innenstadt und dessen Genehmigung durch die ADD wurde in diesem Jahr die konzeptionelle Grundlage für die Inanspruchnahme von Städtebauförderungsmitteln aus dem Programm „Lebendige Zentren – Aktive Stadt“ gelegt.

Und mit Beginn der diesjährigen Haushaltseinreichung gilt es die Wege zu bereiten. Ich werde Sie nun auf Wanderung schicken und Ihnen eine Karte mitgeben, ob Sie allerdings im Januar nach den Beratungen am 13. Dezember bei der Wanderhütte oder in der Gaststätte auf dem Gipfel ankommen: das vermag ich Ihnen nicht zu sagen.

Gerne hätte ich Ihnen unserer Stadt und unserem zukünftigen Oberbürgermeister einen reich gefüllten Geldbeutel mit auf den Weg gegeben, am Tag meiner letzten Haushaltsrede vor Ihnen – dem Stadtrat – stolz von schwarzen Zahlen berichtet. Die Zahlen sind rot. Rotsehen steht somit heute leider auf der Tagesordnung. Dies wird aber hoffentlich nicht die Schamesröte in meinem Gesicht sein, während ich Ihnen nun die Zahlen ein wenig genauer aufschlüssele.

Folie 3

Beim Investitionsbedarf nimmt der Hochbau den größten Anteil ein. Dies ist in den Kosten der Flüchtlingsunterbringung begründet. Die Kosten für die geplante Flüchtlingsunterkunft P2 liegen werden bei über 10 Millionen Euro liegen. Hinsichtlich des Wohnheims in der Siemensstraße beträgt der Kostenanteil im Jahr 2024 über 3 Mio. Euro.

Unter Sonstiges fallen die Kosten im Zusammenhang der Klinikausbau mit knapp 8;1 Mio. Euro. Mit 500.000 € ist zudem die notwendige Stärkung des Eigenkapitals der Stadtklinik beziffert.

Knapp 5,8 Mio. Euro Investitionsbedarf stehen im Zusammenhang mit den Kindertagesstätten. Der Kostenanteil der Kitas Ostparkstadion fällt hierbei mit rund 5 Mio. Euro ins Gewicht.

Insgesamt liegen die Investitionen bei 36 Mio. Euro. Zum Vergleich: Im Jahr 2023 haben wir rund 13. Mio. Euro geplant.

Folie 4

Einen Großteil der genannten Investitionen müssen wir über Investitionskredite finanzieren. Die Kreditsumme ist deutlich höher als im Vorjahr, wir benötigen über 32 Mio. Euro. Rund 4,1 Mio. Euro erhalten wir aus Zuwendungen.

Folie 5

Aufgrund der Sondereffekte steigt die Investitionskreditfinanzierungsquote auf knapp 89 Prozent.

Folie 6

2024 planen wir mit einem Jahresfehlbetrag von knapp 9 Mio. Euro. Dies ist geprägt durch Kostensteigerung aufgrund von Inflation, Zinsanstieg und Verlustausgleich. Zudem ist der Wechsel des Entschuldungsprogramms ein wichtiger Faktor. Bisher wurden uns durch den *Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz* (KEF-RP) jährlich, pauschal 3 Mio. Euro zur Tilgung von Liquiditätskrediten zugewiesen, durch den Wechsel in das Programm *Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz* (PEK-RP) kann im Haushalt 2024 erst zum Jahresende mit einem Zinsvorteil durch Kreditübernahme zu rechnen sein. Dies gilt es somit bei der Einbringung des Haushalts noch zu überbrücken.

Das Programm PEK-RP stellt mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) und dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) die Basis für einen fiskalischen Neubeginn der rheinland-pfälzischen Kommunen.

Folie 7

Wenn wir den Verlust betrachten, ergibt sich folgendes Bild: Bei Erträgen und Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ergibt sich ein Minus von knapp 5,4 Mio. Euro und bei den Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen ein Minus von knapp über 3,6 Mio. Euro.

Im Nachtragshaushalt war der Jahresfehlbetrag 2023 bei einem Minus von rund 5,1 Euro. So jedenfalls der Anspruch.

Folie 8

Beim Stand der Einbringung des Haushalts 2024 stehen wir bei den geplanten Ein- und Auszahlungen bei einem Plus von rund 1,1 Mio. Euro. Im Vergleich zum Nachtragsplan verschlechtern wir uns deutlich.

Folie 9

Der zahlungswirksame Überschuss von 4,7 Mio. Euro aus Verwaltungstätigkeit steht einem zahlungswirksamen Fehlbetrag aus dem Saldo der Zins- und sonstigen Finanzzahlungen von minus 3,6 Mio. Euro gegenüber.

Folie 10

Das ist der Übersicht erkennbare negative Ergebnis des Haushaltsplans 2024 ist maßgeblich durch die angesprochenen Sondereffekte geprägt.

Folie 11

Im Folgenden werde ich Ihnen nun die Schwerpunkte der einzelnen Fachbereiche und Stabstellen kurz aufzeigen.

Folie 12

Die Stabsstelle Wirtschaftsförderung / Standortentwicklung/ Tourismus hat im Juni dieses Jahres einen Förderantrag innerhalb des Modellvorhaben „Innenstadt-Impulse“ beim Ministerium des Inneren und für Sport eingereicht.

Das Modellvorhaben wurde eingeführt, um Innenstädte mit neuen und innovativen Ideen weiter aufzuwerten und zu beleben. Das Programm ergänzt die klassischen, auf Baumaßnahmen gerichteten Städtebauförderprogramme dahingehend, dass innovative Ideen zur Aufwertung und Belebung der Innenstädte unterstützt werden.

Zwei Teilprojekte wurden für herausgearbeitet. Zum einen die Entwicklung eines Transformationskonzeptes für eine Neupositionierung der Frankenthaler Innenstadt, darauf aufbauend die Entwicklung einer neuen Stadtmarke, um ein zielgerichtetes und effektives Storytelling zu ermöglichen.

Das zweite Teilprojekt ist das Schaffen einer Multifunktionsfläche und eines Coworking Space durch Anmietung eines innerstädtischen Leerstands. Die Multifunktionsfläche soll die Bedarfe der lokalen und regionalen Kunst- und Kreativschaffenden sowie anderer Interessengruppen decken. Der Co-Working-Space hat das Ziel, Selbständigen, Start-ups, unabhängig Kreativen und auch Unternehmen einen flexibel nutzbaren und kommunikativen Büroarbeitsplatz unter einem Dach zur Verfügung zu stellen.

Eine kontinuierliche Bespielung einer solchen Fläche birgt Potential hinsichtlich einer dauerhaften Aufwertung des Innenstadtbereichs.

Die mögliche Förderquote des Landes liegt bei 90 Prozent der Kosten. Ich freue mich sehr, dass ich noch in dieser Woche den Förderbescheid von Staatssekretärin Simone Schneider entgegennehmen darf, der mir Freitag letzter erfreulicherweise Woche angekündigt wurde.

Folie 13

Nun wechseln wir zum Fachbereich Planen und Bauen und bleiben aber zunächst beim Thema Innenstadt. Für die Gesamtmaßnahme „Innenstadt“ sind im Rahmen dieses Städtebauförderungsprogramms vorerst 17,5 Mio. Euro Bundes- und Landeszuwendungen vorgesehen.

Perspektivisch beinhalten die umfangreichen Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen und die Aussagen des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes bereits die notwendigen Argumente, um auch nach Ende dieser Gesamtmaßnahme im Jahr 2032 die Aufnahme in ein Folgeprogramm der Städtebauförderung begründen zu können. Somit verfügt die Stadt nun über eine wichtige Grundlage für eine langfristig aufgestellte Erneuerungsstrategie für die Innenstadt.

Die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes ist eines der zentralen Projekte unserer Innenstadtentwicklung.

Die Teilbereiche Bahnhofsvorplatz und Eisenbahnstraße sollen dabei über die Städtebauförderung und der ZOB über Fördermittel des kommunalen Straßenbaus gefördert werden. Hierzu liegen bereits die entsprechenden Bewilligungen vor.

Die Gesamtplanung wird derzeit weiter konkretisiert, insbesondere das Thema Klimaanpassung steht dabei im Fokus.

Ziel ist es die Entwurfsplanung bis Anfang nächsten Jahres final anzupassen und mit den Gremien und sonstigen Beteiligten abzustimmen, um auf dieser Basis die weiteren Planungsleistungen europaweit ausschreiben zu können.

Auch für das zentrale Projekt der Sanierung und Neukonzeptionierung des Erkenntnis-Museums wurden bereits einige wichtige Vorarbeiten geleistet. Die notwendige Zustimmung des Innenministeriums und der ADD zum Bau- und Raumprogramm auf Basis der eingereichten Machbarkeitsstudie wurde in diesem Jahr erteilt.

Ebenso fand die erforderliche Abstimmung mit der für die fachliche Prüfung zuständigen SGD-Süd statt.

Es liegen nun alle vereinbarten Voraussetzungen vor, um die europaweite Ausschreibung der eigentlichen Planungs- und Fachplanungsleistungen auf den Weg bringen zu können, die dann als Ergebnis die konkreten Planunterlagen und Kostenberechnungen für die finale Förderantragsstellung liefern sollen.

Hinsichtlich des Flächennutzungsplans 2035 wurden in diesem Jahr weitere Grundlagen geschaffen, unter anderem wurde die Stadtklimaanalyse mit Klimafunktionskarte und Planhinweiskarte vorgestellt. Diese soll Ende 2023 als Grundlage für den neuen Flächennutzungsplan beschlossen werden

Auf Grundlage der Stadtklimaanalyse soll nun ein Klimaanpassungskonzept erstellt werden.

Der neue Landschaftsplan liegt im Entwurf vor und wurde im September dem Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt.

Nach dem Vorliegen aller Stellungnahmen wird die Verwaltung den Gremien einen Vorschlag vorlegen, in welchem Umfang die Belange des Naturschutzes mit den

Aspekten der städtebaulichen Entwicklungsziele zu vereinbaren sind und in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden können.

Ein wichtiges Thema in Bezug auf die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ist das Thema Erneuerbare Energien. Hier müssen Grundsatzentscheidungen getroffen werden. Die Verwaltung hat Gespräche mit den Nachbarkommunen bezüglich der Interkommunalen Vereinbarung zum Thema Windkraft aufgenommen. Ein neues Leuchtturmprojekt für den Ausbau Erneuerbarer Energien kann in diesem Zusammenhang der geplante über 100 Hektar große Solarpark der BASF auf der sogenannten Nordfläche sein. Hierzu werden derzeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

Neben dem Bebauungsplan muss auch eine Flächennutzungsplan-Änderung und ein Zielabweichungsverfahren für den Regionalplan durchgeführt werden, sodass in 2024 zunächst das Zielabweichungsverfahren abgeschlossen und die notwendigen Fachgutachten erarbeitet werden müssen.

Nach Abschluss des Bürgerdialogs zum Neubauprojekt am Jakobsplatz und Grundsatzbeschluss sowie Aufstellungsbeschluss wurden wichtige Weichen gestellt.

Das Schaffen eines attraktiven Quartiersmittelpunktes ist hierbei die Voraussetzung einer erfolgreichen Quartiersentwicklung.

Im Jahr 2024 soll auch die Bewerbung für das Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ eingereicht werden. Grundlagen hierzu werden derzeit erarbeitet.

Die Stadt Frankenthal wurde in die Gebietskulisse über die Bestimmung von Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt aufgenommen. Hierdurch werden die Anwendung des Vorkaufsrechtes sowie die Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes erleichtert und die Möglichkeiten ein Baugebot zu erlassen werden erweitert.

Ziel der Baulandinitiative Rheinland-Pfalz ist Mobilisierung der Flächen westlich der Bahn für den Wohnungsbau, insbesondere für bezahlbaren Wohnraum. Bei dieser Initiative des Ministeriums der Finanzen Rheinland-Pfalz ist Frankenthal Pilotgemeinde. Ein Förderbescheid über 250.000 Euro für die Phase 3 liegt vor.

Folie 14

Für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne sind umfangreiche Unterlagen und Fachgutachten zu erarbeiten, damit 2024 am ehemaligen Realgelände die zweite Beteiligung durchgeführt werden kann. Die SGD Süd verlangt hier eine Überarbeitung und Anpassung des Einzelhandelskonzepts. Die Gespräche verlaufen vielversprechend.

Für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne zur Neubebauung des Sternjakob-Areals wurde die zweite Stufe der Beteiligungsverfahren durchgeführt. Nach intensiven Abstimmungen und Verhandlungen mit den Behörden und Vorhabenträgern sollen die Satzungsbeschlüsse nun 2024 gefasst werden, damit die Erschließung des Areals endlich beginnen kann.

Beim barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen soll 2024 ein neuer Anlauf genommen werden.

In Abstimmung mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) wird das weitere Vorgehen bei der Flomersheimer Brücke abgestimmt und die entsprechenden Maßnahmen in die Wege geleitet. Nach ersten Ergebnissen wird der Erhalt der Brücke möglich sein.

Im Zuge des Ersatzneubaus der Brücke „Im Spitzenbusch“ über die B9 in Richtung Kläranlage ist zur Verbesserung der Verkehrssicherheit die Errichtung eines Rad- und Fußweges von Mörsch zur Brücke geplant.

Zu diesen und vielen kleineren Projekten ist der Bereich Planen und Bauen auch bei der Unterbringung von Geflüchteten gefordert, da die Suche nach neuen, dezentralen Objekten auch stets eine baurechtliche Einschätzung oder spätere Überprüfung fordert. Widmen wir uns nun diesem Thema ausführlicher:

Folie 15

Wenn wir uns nun dem Bereich Gebäude und Grundstücke zuwenden müssen wir zunächst die Situation der Flüchtlingsunterbringung betrachten. Derzeit sind in den städtischen Einrichtungen noch 41 freie Unterbringungsplätze vorhanden, allerdings beinhaltet diese Zahl auch Plätze, die derzeit aufgrund baulicher Probleme nicht nutzbar sind. Die Lage ist somit weiterhin sehr angespannt.

Um weitere Kapazitäten zu schaffen, müssen neue Mietverträge für die bestehenden Container am Festplatz abgeschlossen und die Containeranlagen aufgestockt werden.

Hinsichtlich der Aufstockung der Containeranlagen der sechs ebenerdigen Wohncontainer auf dem Festplatz für das Jahr 2024 wird mit weiteren Kosten von etwa

500.000 Euro gerechnet. Hier ergibt sich eine Kapazität für zusätzlich 84 Personen. Alle Container sind nun bis Ende 2024 eingeplant.

Der Umbau und Sanierung des Bestandsgebäude Haus Horizont zur Unterbringung von Flüchtlingen wird aktuell durchgeführt. Es können bis zu 15 Personen untergebracht werden. Die Belegung wird voraussichtlich im Februar 2024 erfolgen. Die Kosten betragen etwa 145.000 Euro.

Auf dem Grundstück der Siemensstr. 41 sollen zweistöckige Wohncontainer für die Gebäude 5 und 6 dauerhaft errichtet werden. Die Wohncontaineranlagen sollen gekauft werden. Eine Containeranlage ist für 32 Personen ausgelegt. Die Kostenschätzung beträgt gegenwärtig 1,8 Mio. Euro für den Kauf der Containeranlagen.

Aufgrund des Wasserschadens in Gebäude 2 stehen dort aktuell rund 20 Plätze nicht zur Verfügung, diese werden erst nach Sanierungsmaßnahmen wieder zu Verfügung stehen.

Die Fläche von Gebäude 3 und 4 soll perspektivisch ebenfalls bebaut werden und Raum für 100 Personen bieten.

Auf der Fläche des Parkplatz P2 an der Albertstraße soll perspektivisch eine langfristige Möglichkeit zur Unterbringung von Flüchtlingen geschaffen werden. Die Kosten für die Anschaffung von Containeranlagen und Herrichtung der Außenanlage werden sich wie eingangs erwähnt im Bereich über 10 Millionen Euro bewegen.

Für das Verwaltungsgebäude der Stadtwerke wird weiter geprüft, ob nach Umzug der Stadtwerke eine Umnutzung zur Unterbringung von Geflüchteten erfolgen kann, auch die Nutzung des angrenzenden Geländes wird hierbei einbezogen.

Nach wie vor benötigen wir dringend mehr Platz für die Betreuung der jüngsten Frankenthalerinnen und Frankenthaler. Der verspätete Neubau zweier Kindertagesstätten am Ostparkstadion soll im Frühjahr 2024 starten. Die Kostenschätzung der Gesamtkosten lag gemäß Baubeschluss bei knapp über 13 Mio. Euro. Die Kostenberechnung beläuft sich aufgrund Planungsänderungen, Konkretisierung des Entwurfes sowie aufgrund enormer Preissteigerung derzeit auf ca. 18. Mio. Euro. Marginale Landeszuschüsse von ca. 1,8 Mio. Euro stehen in Aussicht. Derzeit werden die Ausschreibungsunterlagen erstellt.

Folie 16

Auch in unseren Schulen werden räumliche Kapazitäten dringend benötigt. Die Errichtung von zwei zusätzlichen Schulcontainern für die Friedrich-Ebert-Grundschule und die Robert-Schuman-Grundschule wurden umgesetzt.

Bei einer Maßnahme in der Grundschule Flomersheim werden eine Hausalarmierungsanlage und eine elektroakustische Anlage installiert mit Gesamtkosten von 160.000 Euro. Ein Abschluss ist im laufenden Jahr nicht möglich. Die Maßnahme wird 2024 fortgeführt.

Die elektrotechnischen Anlagen der Erkenbertschule sind veraltet und müssen saniert werden. Die Ausführung in 2024 ist angedacht und die Kostenschätzung beträgt 431.000 Euro.

Der Sandsteinsockel der Grundschule Studernheim ist massiv beschädigt und bedarf einer Sanierung. Die Ausführung ist für 2024 geplant mit Kosten von etwa 100.000 Euro.

Weiterhin soll in 2024 ein großes Augenmerk auf die Sanierung und Instandhaltung unserer Grundschulen gelegt werden.

Der Austausch des Blockheizkraftwerk der Schiller Realschule soll 2024 ebenso erfolgen mit Gesamtkosten von ca. 195.000 Euro.

Beim Albert-Einstein-Gymnasium wurde die in der Gesamtertüchtigung vorgesehene Fenstersanierung durchgeführt.

Für die Sanierung naturwissenschaftlicher Räume am Albert-Einstein-Gymnasium ist ein Kostenrahmen erstellt worden. Der Bericht lag Ende Juni dieses Jahres vor. Die ADD stimmte diesem Konzept zur weiteren Planung zu. Der Kostenrahmen beträgt knapp über 5 Mio Euro. Die Maßnahmen sind für 2024 geplant.

In der Friedrich-Ebert-Realschule plus ist die Sanierung des Abwasserkanals notwendig aufgrund Gegengefälle und Wurzeleinwuchs. Die Maßnahmen sollen 2024 fortgeführt werden mit Kosten von knapp unter 125.000 Euro.

Folie 17

Zudem stehen Sanierungsarbeiten der Sporthalle am Kanal an. Diese werden voraussichtlich im Zeitraum April bis November 2024 ausgeführt. Die Kosten betragen

ca. 450.000 Euro. Die weiteren Planungskosten und Ausführungskosten für das Jahr 2025 sind noch zu ermitteln.

Der aktuelle Mietspiegel hat Gültigkeit bis 31. August 2024. Daher wird im Jahr 2024 eine Fortschreibung des qualifizierten Mietspiegels angestrebt.

Für das Grundstück der Landwirtschaftsschule wird aktuell eine Konzeptvergabe durchgeführt. Das Ergebnis wird hier dem Stadtrat präsentiert.

Der Klimaschutz und damit vor allem auch die nachhaltige Energiegewinnung sind maßgebliche Themen bei denen sich die Stadt Frankenthal zukunftsfähig aufstellt.

Die Kommunale Wärmeplanung wird weiter vorangetrieben. Der Förderantrag wurde gestellt. Im nächsten Jahr soll mit der Ausschreibung und der Erstellung für die kommunalen Wärmeplanung begonnen werden.

Das Land Rheinland-Pfalz startet in 2023 eine neue Offensive für den Klimaschutz mit dem neuen Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und dem Kommunalen Klimapakt (KKP).

Der Förderantrag für KIPKI soll bis zum 31.01.2024 eingereicht werden. Danach ist vorgesehen, dass die geförderten Maßnahmen bis Mitte 2026 umgesetzt werden. Hinsichtlich des Klimapakt wurden Beratungsgespräche durchgeführt und Daten erstellt, auf deren Grundlage das weitere Vorgehen bezüglich Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern geplant werden kann.

Folie 18

Im Bereich Umwelt und Ordnung wird die Stellenbemessung überprüft und die Notwendigkeit der Anpassung des Stellenplanes untersucht.

Der vorzulegende Bericht soll praktische Umsetzungsempfehlungen für eine mögliche Neuausrichtung beinhalten. Die Organisationsuntersuchung wird in 2024 abgeschlossen sein.

Um weitere Prozesse zu digitalisieren und damit dem Onlinezugangsgesetz gerecht zu werden, ist es aufgrund der hohen Anzahl an Sachgebieten im Bereich erforderlich, eine zentrale Stelle einzurichten, welche zeitnah besetzt werden soll.

Im Gaststättenrecht wurde eine separate Stelle losgelöst, wodurch eine umfassendere Prüfung der Gaststätten mit ihren Konzessionen möglich wird.

Zusätzlich sind zwei Vollzeitstellen geschaffen worden, um die Sachgebiete Waffen, Sprengstoff, Fischerei, Jagd zu verstärken. Ziel ist die Besetzung der Stellen im Jahr 2024.

Mit Änderung des § 26 Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes hat der Landesgesetzgeber eine gesetzliche Grundlage zur Gefahrenvorsorge und Gefahrenabwehr bei öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel geschaffen. Dies betrifft städtische Veranstaltungen, aber auch Veranstaltungen von Dritten.

Eine Stelle für Veranstaltungssicherheit wurde geschaffen und zwischenzeitlich besetzt. Des Weiteren sind Gerätschaften wie Zufahrtssperren anzumieten, was mit Kosten in Höhe von 30.000 Euro bemessen wird.

Aufgrund der stark gestiegenen Genehmigungsverfahren von Immissionsschutzrelevanten Anlagen wurde eine Vollzeitstelle geschaffen, welche mittlerweile besetzt werden konnte. Es ist in diesem Zusammenhang mit einer Erhöhung der Einnahmen durch Verwaltungsgebühren in 2024 zu rechnen.

Basierend auf den gesetzlichen Neuerungen zur Mehrwegpflicht, zur Verpackungssteuer und zum Recycling sowie wegen des Zuwachses an illegaler Müllentsorgung wurde eine Vollzeitstelle geschaffen, die in 2024 besetzt werden soll.

Aufgrund gestiegener Kosten und erhöhter Fallzahlen soll die pauschale Erstattung für den Tierschutzverein auf insgesamt 50.000 Euro (1€ pro Einwohner) erhöht werden. Im Jahr 2024 wird zudem der Bedarf für eine Katzenschutzverordnung überprüft werden.

Die neue Landesverordnung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlass von Gebührenordnungen vom 01.04.2023 ermöglicht es Kommunen, die Höhe der Bewohnerparkgebühr individuell und lenkungsorientiert zu gestalten.

Die Überarbeitung der Sondernutzungssatzung soll in 2024 abgeschlossen werden. Mit Mehreinnahmen ist zu rechnen.

Die Straßengebührenreinigungssatzung muss für 2024 beschlossen werden, um eine Verjährung zu vermeiden.

Wegen gestiegener Energiekosten, gestiegener Personalkosten, gestiegener Beschaffungskosten, der haushaltmäßigen Eingliederung des Strandbadfestes wird mit einem Mehrbedarf von rund 60.000 Euro kalkuliert. Für das Strandbadfest entstand bisher ein durchschnittliches Defizit in Höhe von 50.000 €. Die Durchführung des Strandbadfestes insbesondere im Hinblick auf diesen schwierigen Haushalt, das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Veranstaltung selbst und im Vergleich zu anderen Events - sind zu diskutieren.

Aufgrund der Belegung des Festplatzes durch die Flüchtlingsunterbringung muss mit weniger Einnahmen durch dessen Vermietung gerechnet werden.

Folie 19

Der Bereich Familie, Jugend und Soziales wird auch 2024 wieder erhebliche Steigerungen im Sozialetat der Stadt Frankenthal verzeichnen, die fast ausschließlich bei den Pflichtaufgaben entstehen. Rund 40 Mio. Euro an Ausgaben werden nur rund 25 Mio. Euro an Einnahmen gegenüberstehen.

Mit den vorgesehenen Erhöhungen der Bürgergeldsätze und somit einhergehender Ausgaben in der Grundsicherung und möglicherweise auch bei den Asylbewerberleistungen kommen hier bereits Mehrausgaben in Höhe von rund einer halben Million Euro auf die Stadt zu, die nur zum Teil über Bund und Land ausgeglichen werden. Durch die hohen Tarifabschlüsse in allen Bereichen steigen selbstverständlich auch die Ausgaben der Stadt, da diese steigenden Personalkosten, zusätzlich zu den inflationsbedingten Steigerungen und den Steigerungen bei den Energiekosten, durch die Leistungsanbieter vor allem beim stationären Unterbringen in der Hilfe zur Pflege und der

Eingliederungshilfe im Zuge von Pflegesatzerhöhungen an die Leistungsträger weitergegeben werden.

Die Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge wird im 2024 für den Sozialbereich, eine der vorrangigsten Herausforderungen darstellen.

Im Jahr 2023 wurden der Stadt Frankenthal bisher 204 Personen zugewiesen (Stand: bis 07.11.), das entspricht einer wöchentlichen Zuweisung von 4,5 Personen, davon wurden 94 Personen im zweiten Halbjahr zugewiesen.

Mit Stand 17.10.2023 befinden sich 7.079 Personen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes, was bedeutet, dass bei Anwendung der Verteilquote in den nächsten Wochen 92 weitere Personen nach Frankenthal zugewiesen werden.

Derzeit sind in den städtischen Wohnheimen und in den 40 angemieteten Objekten insgesamt 627 Personen untergebracht, davon befinden sich 260 Personen im laufenden Asylverfahren, das bedeutet, dass 59 Prozent der Unterbrachten die Einrichtungen verlassen und eine eigene Wohnung beziehen könnten. Der angespannte Wohnungsmarkt verhindert dies leider in den meisten Fällen. Diese Situation wird sich auch in den kommenden Jahren nicht grundlegend ändern, so dass sich die Unterbringungssituation auch 2024 nicht entspannen wird, zumal nicht damit zu rechnen ist, dass sich die Zuweisungszahlen ändern werden.

Folie 20

Auch im Bereich Migration und Integration ist man weiterhin stark mit den Auswirkungen der Flüchtlingsströme beschäftigt.

Durch neue Regelungen im Fachkräfteeinwanderungsgesetz, die in mehreren Schritten in Kraft treten, soll der Fach- und Arbeitskräftebedarf in Deutschland gesichert werden.

Dies wird zunehmende Fallzahlen bei der Bearbeitung von Aufenthaltstiteln für Fachkräfte mit sich bringen. Zudem soll der Nachzug der Kernfamilie von Fachkräften erleichtert werden, der ebenfalls aufenthaltsrechtlich zu bearbeiten sein wird.

Im Laufe des Jahres 2023 konnten beide Stellen des Sachgebiets „Asyl, Rückkehrmanagement, Bleiberecht“ wiederbesetzt werden.

Um insbesondere auch Asylbewerbern einen möglichst schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, hat die zügige Erteilung von Arbeitserlaubnissen durch die Ausländerbehörde hohe Priorität.

Parallel unterstützt die Abteilung Integration bei den strukturellen Integrationsprozessen wie dem Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Sprach- und Integrationskursen.

Aufgrund gesetzlicher Änderungen erhielten gut integrierte Geduldete, die seit längerem in Deutschland leben und nicht abgeschoben werden können, ein sogenanntes Chancenaufenthaltsrecht. Dies führt zu einem dauerhaften Bleiberecht, wenn bestimmte Voraussetzungen, wie Spracherwerb und Lebensunterhaltssicherung, nachgewiesen werden. 50 Personen konnten 2023 in Frankenthal von dieser gesetzlichen Änderung profitieren.

Die individuellen Integrationsprozesse werden im kommenden Jahr durch die Ausländerbehörde immer wieder geprüft und angestoßen und durch der Abteilung Integration begleitet.

Die noch ausstehende Workshop-Phase für das Integrationskonzept, wird Ende 2023 und Anfang 2024 zu Ende geführt. Der Prozess wird begleitet durch das Institut „Arbeit und Leben, Mainz“.

Des Weiteren stehen voraussichtlich im November 2024 die Neuwahlen des Beirats für Migration und Integration an.

Folie 21

Der Haushalt für das Jahr 2024 sieht weitere Einnahmen des DigitalPakts Schulen in Höhe von 100.000 Euro vor, die das Land aus sogenannten Restmitteln bewilligen wird. Das Förderprojekt DigitalPakt Schule 1.0 ist bis Ende 2024 abzuwickeln. Ob der Bund einen „DigitalPakt Schulen 2.0“ ab 2025 auflegen wird, bleibt abzuwarten.

Im Haushaltsplan 2024 sind Investitionen in Höhe von knapp über 250.000 Euro vorgesehen, die zur Anschaffung von digitalen Präsentationsgeräten und Endgeräten ausgegeben werden sollen.

Der Bereich Schulen konnte bei der Schulbuchausleihe die neuen Vergabevorschriften gut umsetzen. Auch im nächsten Jahr wird auch die Lieferung von Schulbüchern nicht europaweit und wieder nur für ein Jahr ausgeschrieben. Die Schulbuchausleihe konnte in diesem Jahr sehr gut in den neuen Räumen der Albertstraße 14 organisiert werden.

Der Bereich Schulen hat in den nächsten Wochen die Aufgabe, eine europaweite Ausschreibung für die Leistung des „freigestellten Schülerverkehrs“ ab dem kommenden Schuljahr 2024/2025 vorzubereiten. Diese Ansätze müssen voraussichtlich mit dem Nachtragsplan 2024 angepasst werden.

Die Übernachtungen im Schullandheim in Hertlingshausen werden ab dem Jahr 2024 teurer. Der Bereich Schulen wird eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereiten.

Folie 22

Im Bereich Kultur und Sport sind für 2024 im Kunsthaus sechs städtische Ausstellungen geplant, welche im Schnitt bis zu 350 Besucher erwarten lassen. Ein Highlight ist die Ausstellung von Nadine Ajsin aus Mannheim. Des Weiteren ist aus der neuen Reihe „Kunsthaus Beats“ eine Veranstaltung ganz in weiß geplant.

Sportliche Veranstaltungen, wie die Mini-Olympiade, Frankenthaler Sportlerehrung, Sportabzeichenverleihung und Dubbe Goal konnten mit großem Zuspruch organisiert werden. Bis zu 500 Kinder besuchten die Mini-Olympiade und Dubbe Goal brach mit über 2.000 Besuchern einen Publikumsrekord.

Sportliches Highlight ist die Sanierung des Basketballplatzes an der Benderstraße, welche gegenwärtig auf Hochtouren läuft. Nach der Sanierung ist der Basketballplatz bestmöglich an das Nutzerverhalten der Sportler angepasst, da mehr Felder und Basketballkörbe installiert werden.

Mit der Beauftragung des Instituts für Sportstättenentwicklung (ISE), geht die Stadt Frankenthal weitere Schritte in Richtung Weiterentwicklung der Sportstätten, was Ihnen, den kommunalen Entscheidungsträgern, Handlungsempfehlungen zur weiteren Sportentwicklung in der Stadt Frankenthal bereitstellt.

Vor einem Jahr wurde der Sportstättenbeirat mit Mitgliedern aus dem Sportausschuss besetzt. Der Beirat bestimmt über bauliche Sportfördermaßnahmen in der Stadt. Der Bauausschuss für den TUS Flomersheim für die Sanierung der Sanitäreinrichtungen wurde geprüft und einer Auszahlung in Höhe von 13.800 Euro wurde zugestimmt. Im Jahr 2024 sollen die Sanierung und Modernisierung der VT Frankenthal starten. Hier unterstützt die Stadtverwaltung voraussichtlich mit Zuschüssen in Höhe von 20.000 Euro im Jahr 2024 und nochmals im Jahr 2025.

Insgesamt 23 Frankenthaler Vereine wurden im Jahr 2023 finanziell mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt 59.000,00 Euro unterstützt. Weitere Zuschüsse sind noch ausstehend, das Gesamtbudget beläuft sich auf knapp 81.000 Euro. Für das Jahr 2024 werden die Zuschüsse voraussichtlich in einem ähnlichen Umfang von den Vereinen abgerufen werden.

Der bisherige stellvertretende Musikschulleiter, Herr Stefan Glöckner trat im August die Nachfolge als Schulleiter an. Herr Jawor Domischljarski hat im Oktober die Stelle der stellvertretenden Schulleitung angetreten. Wir freuen uns sehr über diese Stellenbesetzungen. Beide planen folgende Projekte:

Für das Jahr 2024 ist im Frühjahr ein Workshop mit Abschlusskonzert der Bigband geplant. Als Dozent konnte Prof. Zimmermann, Jazzprofessor an der Hochschule Mannheim gewonnen werden.

In Planung sind weitere Workshops, die in regelmäßigen Abständen von den verschiedenen Fachbereichen organisiert und an Wochenenden angeboten werden sollen.

Die Städtepartnerschaft soll wieder aktiviert werden, mit gemeinsamen musikalischen Aktionen.

Die Klangmeile im Rahmen der Kulturtage soll ein fester Bestandteil im Veranstaltungsprogramm werden unter Einbeziehung aller Fachbereiche.

Für die Stadtbücherei konnte ein Lastenfahrrad für Outdoor-Veranstaltungen und Besuche in Bildungseinrichtungen angeschafft werden.

Die Ergebnisse eines noch 2023 durchgeführten Beteiligungsworkshops für Jugendliche sind Grundlage für den Ausbau der Jugendarbeit und neuer Veranstaltungen für Jugendliche 2024.

Ein neuer Bestand an Gesellschaftsspielen für Erwachsene wird mit einem Spieleabendangebot begleitet werden. Kundinnen und Kunden erhalten zukünftig die Option, offene Gebühren direkt über den Online-Katalog zu begleichen.

Die Ausstellung „Kunst für Bildung“ fand in den Räumen des Erkenbert-Museums mit großem Erfolg statt. Der in einer anschließenden Auktion erzielte Erlös kam der Frankenthaler Bildungsstiftung zugute.

Seit diesem Monat ist die Ausstellung „Willkommen im Museum – Ankäufe und Schenkungen seit 2019“ eröffnet. Ein Rahmenprogramm in Kooperation mit Stadtbücherei, Kinder- und Jugendbüro und Stadtarchiv beleuchtet unterschiedliche Aspekte der Stadtgeschichte, die sich in den Objekten spiegeln.

Das Erkenbert-Museum wird auch über das Jahr 2023 hinaus für eine Phase der Interimsöffnung vor den geplanten Sanierungsmaßnahmen für Sonderausstellungen geöffnet bleiben.

Folie 23

Das Wahljahr 2024 bindet im Bereich Zentrale Dienste erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen. Neben dem Europaparlament werden am 09. Juni 2024 der Stadtrat, die Ortsvorsteher, die Ortsbeiräte und der Bezirkstag Pfalz gewählt. Im Herbst folgt dann noch die Wahl des Beirats für Migration und Integration. Insgesamt werden Aufwendungen in Höhe von rund 90.000 Euro zuzüglich Personalkosten veranschlagt.

Die Stadtverwaltung hat einen Teil des Fuhrparks bereits auf Elektro- oder Hybridfahrzeuge umgestellt. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlt jedoch eine ausreichende Ladeinfrastruktur, um die Leistung der Fahrzeuge optimal auszunutzen. Die Installation von Ladesäulen in der Tiefgarage ist mit Kosten von rund 80.000 € verbunden. Der Aufwand soll komplett durch Mittel des Kommunalen Investitionsprogramms Klimaschutz und Innovation (KIPKI) finanziert werden. Eine Bewilligung steht in diesem Fall jedoch noch aus. Die Maßnahme ist eine zwingende Voraussetzung für eine zukünftige Umstellung des städtischen Fuhrparks auf E-Mobilität. Gleichzeitig bleibt festzustellen, dass nicht

für jede Dienstreise die Nutzung eines Autos erforderlich ist. Im Haushalt ist deshalb die Beschaffung zweier E-Bikes vorgesehen.

Im Jahr 2024 werden alle Ausschüsse wieder in Räumen der Verwaltung tagen. Dadurch wird sich der Mittelbedarf für Gremiensitzungen im Vergleich zu den Vorjahren stark reduzieren.

Für 2024 plant das Stadtarchiv gemeinsam mit dem Erkenbert-Museum eine Veranstaltungsreihe zum 300-jährigen Jubiläum von Carl Theodor.

2024 soll schließlich auch die Digitalisierung weiterer Ratsprotokolle bis 1945 sowie die der historischen Kirchenbuchbestände ab dem 16. Jahrhundert erfolgen, die eine unersetzliche Quelle für sozial- und bevölkerungsgeschichtliche Forschungen darstellen.

Im Jahr 2023 hat sich die Zahl der PC-Arbeitsplätze mit Anbindung an das städtische Netzwerk von 600 auf ca. 700 Endgeräte erhöht, auch die Zahl der Telearbeitsplätze ist signifikant gestiegen. Weiterhin erfolgte eine regelmäßige Erneuerung der zentralen IT-Infrastruktur.

Als zusätzlicher Service wurde eine einjährige Teststellung eines virtuellen Bürgerbüros durchgeführt, das Projekt soll nun weitergeführt und eine Ausschreibung erfolgen.

Auch die digitale Terminverwaltung wurde mit der Anbindung zusätzlicher Bereiche ausgebaut und mit weiteren Ticketterminals ausgestattet.

Im Bereich der Fachverfahren wurden zahlreiche Aktualisierungen zur Behebung technischer Probleme oder zur Anpassung an neue rechtliche Rahmenbedingungen durchgeführt. Neu hinzugekommen ist eine Schulungsplattform für die notwendigen Unterweisungen im Bereich des Arbeitsschutzes.

Für das Jahr 2024 ist der Ausbau der WLAN-Infrastruktur im Rathaus sowie im Verwaltungsgebäude Neumayerring geplant, des Weiteren die Ausschreibung eines Enterprise-Agreement-Vertrags mit Microsoft. Zudem ist eine Neubeschaffung einer DMS-Software erforderlich. Eine entsprechende Ausschreibung ist bereits angelaufen, mit einer finalen Entscheidung ist im Januar 2024 zu rechnen, sodass die Software ab dem 2. Quartal 2024 in der Verwaltung sukzessive eingeführt werden kann.

Folie 24

Im Bürgerservice erfolgt ein stetiger Ausbau der Online-Dienste und der Möglichkeiten zur Nutzung der eID-Funktion des neuen Personalausweises, insbesondere durch Einführung der elektronischen Wohnsitzanmeldung: Die Stadt Frankenthal ist Pilotkommune des Landes Rheinland-Pfalz für eine Umsetzung der elektronischen Ummeldung, um Bürgerinnen und Bürgern den Gang zum Rathaus nach einem erfolgten Umzug zu ersparen und wartet auf den Fortgang des Projektes seitens des Landes.

Im Standesamt besteht eine steigende Nachfrage nach Einbürgerungen. In diesem Jahr beträgt die Gesamtzahl 173 gegenüber 100 Einbürgerungen im Vorjahr.

In diesem Jahr wurden freundschaftliche Kontakte zur ukrainischen Stadt Nizhyn aufgenommen. Ein Besuch einer Delegation in Frankenthal fand im September statt. Ziel ist es; die Kontakte im Jahr 2024 weiter auszubauen. Ein wichtiger Aspekt ist zudem die Hilfe für die durch Kriegswirtschaft geschwächte Stadt. Nizhyn musste und muss Fahrzeuge und technische Geräte an die ukrainischen Streitkräfte übereignen und hat nun einen entsprechenden Bedarf für die Instandhaltung der eigenen Stadt, unter anderem an Müllfahrzeugen, Baggern, Hubsteigern, Schneefräsen, aber auch an medizintechnischen Geräten. Die Spende eines Müllfahrzeugs wurde bereits auf dem Weg gebracht.

Der Stellenplan 2024 wird gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich eine Stellenmehrung von ca. 31 Planstellen ausweisen.

Die Stellenmehrung ergibt sich in unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung.

Geplant sind darüber hinaus in geringem Umfang Ausweisungen von geänderten Stellenwertigkeiten im Bereich der Beamten und tariflich Beschäftigten auf der Grundlage erfolgter Arbeitsplatzbewertungen

Aufgrund bestehender Rückstände im Zusammenhang mit einem bestehenden Sanierungsstau und gestiegenen Anforderungen im Bereich des Hochbaus ist eine Organisationsuntersuchung mit Schwerpunkt Stellenbemessung durchzuführen.

Aufgrund bestehender Rückstände und stetig steigenden Fallzahlen ist bei der Stadtkasse ebenfalls eine Organisationsuntersuchung für 2024 vorgesehen.

Mit der Bildung eines eigenständigen Bereichs Brand- und Katastrophenschutz wird nicht nur die Verwaltungsstruktur für eine effektivere Aufgabenerledigung geschaffen,

sondern weiterhin eine Aufwertung der Feuerwehrarbeit und der Aufgabenerledigung im Vorbeugenden und Abwehrenden Brandschutz sowie des Katastrophenschutzes in der Gesamtheit herbeigeführt.

Zur Erreichung einer effektiveren und effizienteren Steuerung und Aufgabenerledigung wird der Bereich Ordnung und Umwelt in einen Bereich Ordnung und Umwelt und in einen Bereich Brand- und Katastrophenschutz geteilt. Die Organisationsänderung tritt mit Besetzung der Stelle der Bereichsleitung in Kraft.

Aufgrund der generellen Erwartungshaltung zur digitalen Transformation von Gesellschaft und Verwaltung als auch aufgrund der gesetzlichen und technischen Rahmenbedingungen ist die Notwendigkeit zu umfassenden und durchgreifenden digitalen Lösungen innerhalb der Verwaltung deutlich gestiegen.

Um für den Aufgabenbereich der Verwaltungsdigitalisierung künftig eine effizientere und wirksamere Aufgabenerledigung sicherzustellen, wurden die bestehenden Abläufe, Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen dahingehend evaluiert.

Im Ergebnis dieses Prozesses wurde beim Bereich Zentrale Dienste eine Stabsstelle Digitales gebildet. Diese setzt sich aus insgesamt 3,75 Stellen zusammen, die bisher den Abteilungen Informationstechnik und Organisation zugewiesen waren und bislang im Schwerpunkt mit den Aufgaben Einführung und Betrieb Dokumentenmanagementsystem (DMS) sowie Umsetzung Onlinezugangsgesetz betraut waren. Die Stabsstelle ist künftig zentrale Ansprechpartnerin und Koordinierungsstelle für alle Organisationseinheiten der Verwaltung für die Themen Digitalisierung, E-Government und Smart-City. Neben der Einführung des DMS sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes fallen künftig insbesondere die Entwicklung einer verwaltungsweiten

Digitalisierungsstrategie, die Planung und Koordinierung der konkreten Maßnahmen zur Umsetzung sowie der Aufbau notwendiger Kompetenzen in den Aufgabenbereich der Stabsstelle.

Folie 25

Für das Jahr 2024 ist das Ausrichten des Internationalen Frauenfrühstücks durch den Bereich Gleichstellung von Frau und Mann in Planung. Die hybride Veranstaltungsreihe zu „Frauen und Gesundheit“ soll weitergeführt werden.

Auch hinsichtlich der Teilhabe behinderter Menschen sind Planungen für das kommende Jahr erfolgt.

Der Fahrdienst für behinderte Menschen der Stadt Frankenthal zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird weitergeführt.

Weiter werden inklusive Veranstaltungen für Menschen mit und ohne Behinderung organisiert.

Eine Initiative für einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in Kooperation mit dem Beirat der Menschen mit Behinderung der Stadt Frankenthal, wird auf den Weg gebracht.

Folie 26

Auch wenn Sie sich die nächsten Wochen noch vertieft mit den Haushalten sowie Vorhaben und Planungen unserer Eigenbetriebe und Eigengesellschaften beschäftigen werden, möchte ich diese kurz streifen.

Wir können uns glücklich schätzen mit der Stadtklinik eine medizinische Einrichtung in unsere Stadt zu haben, welche unermüdlich hochmotiviert an der Standortsicherung und der Erweiterung der Gesundheitsversorgung arbeitet.

Trotz aller Bemühungen wird das Wirtschaftsjahr 2024 kein leichtes Jahr für die Klinik werden. Neben den unvorhersehbaren Entwicklungen der zukünftigen Krankenhausreform auf die Klinik, hat diese mit den gestiegenen Personalkosten, aufgrund der Tarifsteigerungen zu kämpfen.

Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen, werden sich die Erlöse nur moderat steigern lassen. Aktuell liegen noch keine verlässlichen Werte für 2024 vor. Es ist nicht bekannt, wie sich der Landesbasisfallwert für das Jahr 2024 entwickelt. Ebenfalls ist es nicht absehbar, ob der Gesetzgeber noch vor der eigentlichen Krankenhausreform eine Entlastung für die Krankenhäuser, durch ein Vorschaltgesetz zur Überbrückung der bestehenden Unterfinanzierung, erlässt.

Im Jahr 2024 wird die Klinik weiter den Fokus auf die Digitalisierung und die Ambulantisierung legen. Im Rahmen der Digitalisierung wird die elektronische Patienten- und Behandlungsakte 2024 pilotweise eingeführt und im Anschluss auf das Gesamthaus ausgerollt. Im Weiteren erfolgt die Implementation des digitalen Rechnungseingangscockpit.

Die Verweildauer in der Klinik ist zu optimieren, Wartezeiten zu verkürzen und Eingriffe aus dem stationären Setting ins ambulante Setting zu verlegen, sind wichtige Maßnahmen für die zukunftssichere Aufstellung der Stadtklinik.

Zu Sicherstellung unserer Klinik und der Patientenversorgung müssen Klinik und Träger in diesen schwierigen Zeiten weiterhin gut zusammenarbeiten und zusammenhalten, um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erreichen. Die Planungen für die Tagesklinik Limburgerhof müssen im Jahr 2024 fortgeführt werden, ebenso die Planungen hinsichtlich der Küche und der Generalsanierung des Haupthauses.

Das Congressforum Frankenthal hat in den Wirtschaftsjahren nach der Pandemie schnell zu einem stabilen Niveau zurückgefunden und konnte die Geschäftsjahre 2022/2023 wirtschaftlich fast wieder auf dem Vor-Corona-Niveau abschließen. Die Umsatzerlöse 2022 lagen mit rund 2 Mio. Euro deutlich über dem geplanten Umsatz. Auch die bisherige Prognose für 2023 und 2024 lässt Zahlen in ähnlicher Größenordnung erwarten.

Im letzten Jahr kehrte auch das kulturelle Leben ins CFF zurück und das Publikum erlebte ein facettenreiches und niveaivolles Programm mit hochkarätigen Besetzungen.

Nachhaltigkeit und ökologische Verantwortung sind für das CFF fester Bestandteil der Unternehmenskultur. Es werden fortlaufend Maßnahmen angestoßen. Als Beispiele sind die Errichtung von Photovoltaikanlagen-Anlagen und die Umrüstung auf LED-Beleuchtung zu nennen.

Unabhängig davon muss nun das abgängige Blockheizkraftwerk ersetzt werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Der Eigen- und Wirtschaftsbetrieb möchte mit zahlreichen Aktionen das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger beim Umgang mit Abfall stärken. Die Kampagne „Wir für Bio“ läuft auch in 2024 weiter: Die Anti-Littering-Kampagne unter dem Motto "Sauber, Frankenthal!" wurde im Oktober gestartet. Bis zum Ende dieses Jahres sowie im Verlauf des kommenden Jahres plant der EWF weitere Termine für Infostände in der Frankenthaler Innenstadt.

In 2024 soll der Beschaffungsvorgang eines alternativ betriebenen Müllfahrzeuges umgesetzt werden, das in 2025 geliefert werden soll.

Der Wirtschaftsbetrieb ist als Personal intensivster Betriebsteil überproportional von den Tarifsteigerungen betroffen. Sie sind über die Leistungsverrechnung an die städtischen Auftraggeber weiterzugeben.

Die Friedhofsgebühren sollen 2024 wieder auf das Niveau der Vorjahre angehoben werden. Der hierzu notwendige Beschluss des Stadtrates steht noch aus.

Im Jahr 2023 wurde durch einen Baumsachverständigen festgestellt, dass die Bäume des waldartigen Bestandes erhebliche Schäden aufweisen. Da dieser Bereich ein wichtiger Beitrag zum Parkcharakter des Friedhofes beiträgt, muss dazu in 2024 ein Konzept zum Erhalt, bzw. zur Sanierung ausgearbeitet werden.

Die laufende Organisationsuntersuchung zeigt bereits jetzt einige Optimierungspotentiale, die dazu beitragen werden, die Ergebnisse in Zukunft, vor allem beim Wirtschaftsbetrieb, zu verbessern.

Im Personalbereich stehen Altersstruktur bedingte Änderungen in den Folgejahren an. Durch Personalentwicklungskonzepte sollen die Personalveränderungen möglichst früh gesteuert werden, um so die betrieblichen Abläufe nicht zu gefährden.

Die Stadtwerke sind für uns der wichtigste lokale Energieversorger und vertrauensvoller Partner.

Der Krieg in der Ukraine hat die Märkte stark verunsichert und zahlreiche staatliche Interventionen nach sich gezogen. Die Stadtwerke sind dieser Herausforderung gewachsen gewesen.

Um die Energiewende voranzutreiben, hat die Stadt zusammen mit den Stadtwerken das Projekt zur kommunalen Wärmeplanung aufgesetzt. In diesem Rahmen gibt es bereits Planungen, welche Gebiete auf nachhaltige Wärmeversorgung bzw. Fernwärme umgestellt werden können. Diese müssen noch evaluiert werden, bevor konkrete Aussagen gemacht werden können.

Innerhalb der kommunalen Wärmeplanung sollen die wesentlichen Weichen für die Zukunft gestellt werden. Dieses Projekt soll noch in 2024 abgeschlossen werden.

Die Stadtwerke haben mit der BASF ein großes Photovoltaik-Projekt als wesentlichen Baustein der Energiewende aufgesetzt. Dieses wurde im Oktober von BASF und den Stadtwerken gemeinsam im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt und auf den Weg gebracht.

Der Neubau ist fast abgeschlossen. Die Stadtwerke bewegen sich nach wie vor im angestrebten Budgetkorridor:

Die Baugesellschaft führt weiterhin die avisierten Projekte zielgerichtet und planmäßig durch, um in Frankenthal neuen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Folie 27

Nun zum Ende möchte ich betonen, dass die Wege zur weiteren Entwicklung der Stadt Frankenthal trotz dieser schwierigen Ausgangslage bestmöglich bereitet werden müssen. Unser zukünftiger Oberbürgermeister Herr Dr. Nicolas Meyer hat den Willen Dinge zu bewegen, aber er braucht auch den Willen von Ihnen – den Entscheidungsträgern im Stadtrat - einen gemeinsamen Weg einzuschlagen und mit vereinter Kraft Möglichkeiten zu finden, um Steine aus dem Weg zu räumen. Ich wünsche Ihnen allen, dass dieser gemeinsame Weg nicht steinig wird.

Zum Abschluss meiner Haushaltsrede möchte ich mich bedanken bei

- den Kollegen im Stadtvorstand, Bernd Knöppel und Bernd Leidig
- dem Bereich Finanzen für die Bewältigung der Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Haushalts
- den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
- den Ausschussmitgliedern,
- den Bürgerinnen und Bürgern sowie
- Ihnen, den Stadtratsmitgliedern.

Folie 28

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.